

 <p>Herausgeber: Sur deutsche Ausgabe Direktor: José Luis Romero</p>	<p><b>Chefredakteur SUR:</b> José Antonio Frías <b>Medien-Direktor</b> Pedro Luis Gómez <b>Art Director</b> Francisco Sánchez Ruano <b>Chefredakteurin Sur deutsche Ausgabe</b> Sabine Schulz</p>	<p><b>Herausgeber:</b> Sur deutsche Ausgabe Anschrift: Sur deutsche Ausgabe. Avda Dr. Marañón, 48. 29009 Málaga. Telefon: 952 070366. Fax: 952 020 293 E-Mail: info@surdeutsch.com Anzeigen: Telefon 952 649 663 und 952 580 142 (Kleinanzeigen)</p>
---	---	--

DAS SAGEN  
DIE ANDEREN

**Zum rasanten Aufschwung in Deutschland schreibt die spanische Zeitung *Expansión* am Montag:**

«Deutschland erreichte im Jahr 2010 ein spektakuläres Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent. Man kann die Deutschen darum nur beneiden. Der Erfolg kam nicht zufällig. All diejenigen Länder, die schon vor Jahren die anstehenden Reformen unternommen hatten, überwinden die Krise rascher als die übrigen Staaten. Das gilt auch für Schweden, das für 2011 ein Wachstum von vier Prozent erwartet. Das Anziehen der Konjunktur in Deutschland bedeutet, dass Europa mit zwei verschiedenen Geschwindigkeiten wächst. Für die schwachen Volkswirtschaften an der Peripherie ist dies eine gefährliche Lage. Diese Länder sind auf extrem niedrige Zinsraten angewiesen.»



**Die spanische Zeitung *ABC* plädiert am Freitag dafür, dass sich Spanien ein Beispiel an Deutschland nehmen soll:**

«Etwas mehr der politischen Strenge und moralischen Entschlossenheit an den Tag zu legen, mit der die deutsche Gesellschaft die Krise angegangen hat, um sich so vor den anderen aus ihr zu befreien. Uns in dieser etwas lutherischen Kollektivdisziplin in Bezug auf die Arbeit zu üben. Effizienter und dynamischer zu sein, sparsamer und weniger dilettantisch. Während unsere katalanischen Nationalisten mehr wie [die kanadische Provinz] Québec sein wollen und die Basken wie die Schweiz, sollte sich die Gesamtheit der Spanier eher an Deutschland orientieren.»

KOMMENTAR

Spiel mit dem Feuer

UWE SCHEELE



Málaga vom Tourismus lebt. Bohrplattformen in Sichtweite der Küste – das würde einen verheerenden Prestigeverlust bedeuten. Denn eine Region, die auf Luxus-tourismus setzt, kann es sich nicht leisten, im Interesse einiger Mineralölkonzerne ihre Zukunft aufs Spiel zu setzen. Schon jetzt besteht eine erhebliche Gefahr durch den massiven Schiffsverkehr. Aber ein Unfall auf einer Ölbohrplattform wäre ein Super-GAU.

Dass die Bohrungen nach Erdgas weniger gefährlich sein sollen, überzeugt nicht wirklich. Zumal die Auswirkungen noch augenfälliger wären, denn die Plattformen befinden sich in Küstennähe. Und wer will sich schon gern in der Nähe von Erdgasleitungen sonnen? Statt auf erneuerbare Energien zu setzen, verschreibt sich die Regierung der umweltschädlichen Logik der Mineralölkonzerne. Aber wir können ja beruhigt sein. Das wird natürlich nie geschehen.

Probearbeiten  
setzen die  
Zukunft der Region  
aufs Spiel

**T**ourismusbranche und Umweltschützer laufen Sturm. Andalusien's früherer Ministerpräsident und inzwischen stellvertretender Regierungschef in Madrid, Manuel Chaves, hat angekündigt: «Niemand hat die Absicht, an der Costa del Sol nach Gas oder Erdöl zu bohren.» Und die Probebohrungen, die von der Zentralregierung im Eilverfahren verabschiedet wur-

den? Werden die etwa nur zum Spaß gemacht? Wenn die beteiligten Unternehmen fündig werden, müssen sie es schnell wieder vergessen? Chaves hält seine Mitbürger offenbar für sehr dumm.

Schon vor Jahren waren die Probebohrungen an der Costa del Sol im Gespräch, immer lösten die Planungen einen Sturm der Entrüstung aus. Wie ist es auch anders zu erwarten, wo doch der ganze Raum

**E**ndlich machen die Bürger ihrem Unmut Luft. Hunderte Menschen gingen letzten Samstag für den Bau der Kläranlage in Nerja auf die Straße. Sie wollen die Verschmutzung des Meeres, die Gefährdung der Gesundheit und die negativen Auswirkungen auf den Tourismus nicht länger dulden. Und das ist auch gut so. Diese Demonstration war schon längst überfällig. Nach 20 Jahren endloser Diskussionen und ständigen Aufschiebens scheint sich nun endlich etwas zu bewegen. Nerjas Grüne schreiten zur Tat und bringen frischen Wind in festgefahrene Strukturen. Seit ihrer Gründung setzen sie sich unermüdlich für den Bau der Kläranlage ein. Ihr Aufruf zur Demonstration zeigte Wirkung,

und die Liste der gesammelten Unterschriften wird immer länger. Allein im Verlauf der Demonstration kamen weitere 220 Unterschriften hinzu. Durch das dreisprachige Auftreten der grünen Ortsgruppe werden auch die

ausländischen Mitbürger viel stärker mit einbezogen, und in Nerja sind das nicht wenige. Es sollte überhaupt viel häufiger mobil gemacht werden, wenn es um so elementare Themen geht, die uns alle betreffen. Doch häu-

fig hört man Sätze wie: 'Da haben wir ja eh keinen Einfluß drauf' oder 'Wir können sowieso nichts daran ändern'. Dem ist definitiv nicht so, denn wir können die Dinge sehr wohl beeinflussen. Und sei es nur durch die Teilnahme an einer Demonstration oder durch unsere Unterschrift für eine Petition. Wir sollten unserer Meinung Ausdruck verleihen, statt uns bequem zurückzulehnen.

Denn eines ist sicher – nur jammern und sich beschweren bewirkt rein gar nichts. Und am Beispiel von Nerja sieht man es ja deutlich: Alleine die Ankündigung der Demonstration führte zu einem ersten Verhandlungserfolg. Was jahrelang unmöglich schien, bekommt jetzt Gehör. Es ist ja auch allerhöchste Zeit!

STANDPUNKT

Grüne schreiten  
zur Tat

MARLENE WÖRNER



IDÍGORAS



**Zu dem geplanten Rettungsschirm für die EU schreibt die *«Financial Times Deutschland»* (Hamburg) am Dienstag:**

«Über den Schritt hätte man gegebenenfalls diskutieren können, hätte Portugal tatsächlich EU-Hilfe in Anspruch nehmen müssen. So aber erreicht Barroso im schlimmsten Fall nur eines: dass die Nervosität der Anleger weiter steigt. Solch ein Vorstoß dürfte nämlich nicht als Zeichen der Stärke interpretiert werden, sondern als Hinweis darauf, dass sich die EU schon mal auf die Pleiten von Spanien, Italien und Belgien vorbereitet.»

**SUR**  
deutsche

Herausgeber: Sur deutsche Ausgabe  
Direktor: José Luis Romero

**Chefredakteur SUR:** José Antonio Frías  
**Medien-Direktor**  
Pedro Luis Gómez  
**Art Director**  
Francisco Sánchez Ruano  
**Chefredakteurin Sur deutsche Ausgabe**  
Sabine Schulz

**Herausgeber:** Sur deutsche Ausgabe  
Anschrift: Sur deutsche Ausgabe.  
Avda Dr. Marañón, 48. 29009 Málaga.  
Telefon: 952 070366. Fax: 952 020 293  
E-Mail: info@surdeutsch.com  
Anzeigen: Telefon 952 649 663  
und 952 580 142 (Kleinanzeigen)

DAS SAGEN  
DIE ANDEREN

Zu Spaniens kranker Demokratie schreibt die Zeitung **Público** am Dienstag:

«Eine vielsagende Statistik: Der 15. Mai hat mehr Leute auf die Straße gebracht, als die Gewerkschaftsdemos am vergangenen 1. Mai. Es ist eine gute Nachricht, dass die Unzufriedenheit der Bürger endlich in friedlichen Demonstrationen mündet. Denn von der alles ablehnenden Resignation haben wir schon seit Jahren viel zu viel. Es ist beunruhigend, wie sehr sich die Politiker von den Bürgern entfernt haben. Dass die Politiker in Meinungsumfragen als eines der Hauptprobleme des Landes genannt werden, ist ein weiterer Hinweis, den die Parteien nicht ignorieren sollten, wenn sie verhindern wollen, dass die Gesellschaft auf sie verzichtet.»



**Expansión** hält den Sparkurs von Regierungschef Zapatero für unumgänglich:

«Ein Jahr ist seit dem denkwürdigen 12. Mai vergangen, als Zapatero seinen Prinzipien abschwören musste und dem Kongress ein Paket mit harten Sparmaßnahmen vorlegte, um das Defizit einzudämmen. Doch während dieses Jahres haben die Märkte der spanischen Wirtschaft eine Ruhepause gegönnt. Es waren die Opfer der öffentlichen Angestellten, die Gehaltskürzungen hinnehmen mussten, oder die der Rentner, deren Bezüge eingefroren wurden. Zapatero bezeichnet zwar jeden als Schuft, der behauptet, es habe Kürzungen im Sozialetat gegeben. Aber es gab sie ganz offensichtlich. Und sie waren auch notwendig.»

Die spanische **El País** schreibt am Montag über das Ende der Karriere von IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn:

«Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die politische Karriere des umstrittenen Strauss-Kahn nach seiner Festnahme in New York zu Ende ist. Zu Ende ist. Die schweren Vorwürfe eines Sexualverbrechens, die auf dem Chef des Internationalen Währungsfonds lasten, haben angesichts der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr die Grundfesten der französischen Innenpolitik erschüttert. Betroffen ist aber auch die Stabilität des IWF als wichtigster Hüter des globalen Wirtschaftssystems und Entscheidungsträger in der europäischen Schuldenkrise.»

KOMMENTAR

Nicht vorbereitet

UWE SCHEELE



**W**ie kann ein Erdbeben der Stärke 5,2 in einem hochentwickelten Land wie Spanien neun Menschen töten und die Hälfte der Gebäude in der Stadt Lorca bis auf weiteres unbewohnbar machen? Wie ist das Ausmaß der Zerstörung beim vergleichsweise schwachen Beben von Lorca zu erklären?

Es ist zunächst eine Reihe von unglücklichen Umständen, die zur

Katastrophe führten. Das Zentrum der Erdstöße lag relativ dicht unter der Erdoberfläche und nur wenige Kilometer von der Stadt entfernt. Die meisten Bewohner befanden sich zum Zeitpunkt des Bebens im Freien, weil sich die Erde schon kurze Zeit zuvor bewegt hatte. Deshalb wurden viele Menschen vom Gesteinshagel auf den Straßen getroffen.

Aber sicher gab es auch bauliche Mängel an den Gebäuden. Lor-

ca liegt in einem Gebiet mit starken seismologischen Aktivitäten, eurasische und afrikanische Kontinentalplatte treffen hier aufeinander. Die Stadt wurde in der Vergangenheit schon zweimal von Erdbeben zerstört, war also vorgewarnt. Eine Vorschrift über erdbebensichere Bauten gibt es zwar erst seit 1970 in Spanien, aber es wurden nicht nur ältere Gebäude schwer beschädigt. Sogar ein vor acht Jahren errichtetes Hochhaus

stürzte ein und riss zwei Menschen in den Tod. Und völlig unverständlich ist, dass das Krankenhaus von Lorca wegen Einsturzgefahr geräumt werden musste. In einem erdbebengefährdeten Gebiet müssen solche wichtigen Einrichtungen ausreichend gesichert sein.

Die Bewohner der Stadt waren nicht vorbereitet. In Japan weiß schon jeder Schüler, wie er sich bei einem Beben verhalten muss. Solche Schutzübungen hat es in Lorca nie gegeben. Aber auch bei den Bauvorschriften wurde geschlamppt. 'Picaresca' nennt man das in Spanien, wenn nicht die vorgeschriebenen – und vom Bauherren bezahlten – Materialien verwendet werden. Hausbesitzer können davon ein Lied singen: zu schwache Stromleitungen, zu dünne Wände, fehlende Isolierungen, schlechte Fundamente. Wenn dadurch Häuser bei schwachen Beben einstürzen, wird dieser Schwindel zu einer schweren Straftat.

STANDPUNKT

Baurecht auf Spanisch

SANDRA JUNGHARDT



**F**rüher war alles anders. Da konnte man sich beim Rathaus recht unbürokratisch eine 'Baugenehmigung' für sein Land besorgen. Die Behörden nahmen es nicht so genau. Nun aber soll Recht und Ordnung gelten, daher müssen die 300.000 Häuser, die über die Jahre in Andalusien entstanden sind, abgerissen werden. Den Besitzern drohen hohe Zwangsgelder und gar Gefängnis, kommen sie der Aufforderung der Gemeinde nicht nach. Nun kann man sagen, das ist doch nur gerecht, wenn man sich ohne richtige Baugenehmigung sein Häuschen irgendwo aufs Feld stellt. Aber kann man tatsächlich mehr als 500.000 Menschen einfach so

auf die Straße setzen? Zumal die Behörden ja von den Bauvorhaben wussten, und die Eigentümer ihre Abgaben an die Gemeinde leisten. 85 Prozent davon treffen Spanier, die restlichen 15 Prozent sind Ausländer,

vor allem Briten. Es ist schwer nachvollziehbar, dass man Häuser bis zum Ende bauen lässt, um sie hinterher abreißen zu lassen. Vom Gerechtigkeitsempfinden her sollten auch diejenigen zur Verantwortung gezogen werden,

die nicht vorher eingeschritten sind. Doch seien wir mal ehrlich: Sollte man denn nicht auch in Spanien Wert auf eine ordentliche Dokumentation der Papiere legen? Insbesondere wenn es sich um so etwas existentiell Wichtiges wie das Eigenheim handelt? Sollte man sich tatsächlich darauf verlassen, wenn man bei seinem Antrag so lax durchgewunken wird? Dennoch fragt man sich, warum die Behörden so lange nichts unternommen haben und sich nun das Motto 'Gesetz ist Gesetz' auf die Fahnen schreiben. Es drängt sich angesichts der teilweise extrem hohen Zwangsgelder die Frage auf, ob man damit nicht noch einmal ein wenig Geld in die leeren Gemeindegassen spielen will.

IDÍGORAS



**SUR**  
deutsche

Herausgeber: Sur deutsche Ausgabe  
Direktor: José Luis Romero

**Chefredakteur SUR:** José Antonio Frias  
**Medien-Direktor**  
Pedro Luis Gómez  
**Art Director**  
Francisco Sánchez Ruano  
**Chefredakteurin Sur deutsche Ausgabe**  
Sabine Schulz

**Herausgeber:** Sur deutsche Ausgabe  
Anschrift: Sur deutsche Ausgabe.  
Avda Dr. Marañón, 48. 29009 Málaga.  
Telefon: 952 070366. Fax: 952 020 293  
E-Mail: info@surdeutsch.com  
Anzeigen: Telefon 952 649 663  
und 952 580 142 (Kleinanzeigen)

**DAS SAGEN  
DIE ANDEREN**

**Die Neue Zürcher Zeitung aus der Schweiz kommentierte am Dienstag die Proteste in Spanien:**

«Das Dilemma der Ohnmächtigen ist, dass sie zwar den etablierten Parteien misstrauen, selber aber auch kein kohärentes Rezept gegen die Krise haben. Nun hat ihr Aufruf zum Boykott angesichts der für Lokalwahlen guten Beteiligung von 66 Prozent nicht einmal Widerhall gefunden. Nur Wirtschaftswachstum kann Spanien aus dem Beschäftigungstief helfen. Ob es durch das Austeritätsprogramm der Regierung oder eines der Opposition erreicht werden kann, ist selbst unter Ökonomen umstritten. Sparprogramme alleine kosten zu nächst einmal Arbeitsplätze. Noch mehr Zeit wird ein tiefgreifender Strukturwandel erfordern, der zum Beispiel das Bildungssystem nachhaltig an die Erfordernisse einer modernen Ökonomie heranführt.»

KOMMENTAR

Demütigende Niederlage

UWE SCHEELE



Sie konnten einem fast schon leid tun: Niederlagen auf ganzer Linie, Machtverlust in fast allen Rathäusern, Halbierung der Zahl der Sitze in so mancher Gemeinde. Die Sozialisten haben am Sonntag auch an der Costa del Sol eine historische Wahlniederlage erlitten, die schon einer Demütigung gleichkommt. Sie mussten historische Hochburgen räumen und trugen doch in vielen Fällen kei-

ne direkte Schuld daran. Denn die Wähler haben nicht so sehr über ihre Kompetenz in der Gemeinde abgestimmt, als vielmehr über die Politik der PSOE in Madrid. Das im ganzen Land miserable Abschneiden der Sozialisten bei den Kommunalwahlen und Landtagswahlen in vielen autonomen Regionen ist in erster Linie auf die unpopulären Wirtschafts- und Arbeitsmarktrefor-

men von Regierungschef Zapatero zurückzuführen, die zu massiven Einsparungen geführt haben. Oppositionsführer Rajoy hat die Gunst der Stunde erkannt, um die große Politik in die Städte und Gemeinden zu tragen. Der Wahlkampf war auch in Málaga von den ungelösten Problemen des Landes geprägt. Das ist bei einer Arbeitslosenquote von über 30 Prozent in der Provinz zwar nicht verwunderlich, richtig ist es aber nicht. Denn diese Probleme wer-

den nun mal nicht in Stadtparlamenten entschieden, sondern in den Cortes von Madrid.

Nur in Ausnahmefällen ging es wirklich um das Anliegen der Bürger vor Ort, so wie in Marbella, wo die unabhängige Liste von San Pedro drei Sitze im Stadtparlament erhielt. Sicherlich trotz des Erfolgs ihrer erneuten absoluten Mehrheit ein kleiner Denkmalsieg für Bürgermeisterin Angeles Muñoz. Der allgemeine Landestrend hat manches Ergebnis radikalisiert, etwa den Erdrutschsieg der PP in Estepona, obwohl der Erfolg der Konservativen hier nach Jahren des Stillstands und des finanziellen Debakels unter PSOE-Bürgermeister Valadez sicher überfällig war. Andalusiens Ministerpräsident Griñán ist schlecht beraten, wenn er aus dem Triumph der Konservativen in ganz Andalusien keinen Trend für die Landtagswahlen im kommenden Jahr ableiten will. Seine Tage als Chef der Landesregierung sind gezählt.

Die Regional- und Kommunalwahlen am Sonntag haben eigentlich nur Verlierer hervorgebracht. Die in Madrid regierenden Sozialisten wurden wie erwartet landauf, landab kräftig abgewatscht, die von einem Korruptionsskandal zum nächsten eilende Volkspartei PP sollte sich jedoch nicht übermäßig freuen – auch wenn sie der PSOE Rathäuser und Regionen en masse abgejagt hat. Gewonnen haben allenfalls die Nichtwähler, die Politikverdrossenen, die Resignierten. Und da sind noch die sogenannten 'indignados', die Empörten. Seit kurzem haben die jungen Spanier die Straße entdeckt, um gegen Perspektivlosigkeit, Korruption, Bonus-Zahlungen für

STANDPUNKT

Verlierer und Empörte

DOMINIK BLOEDNER

Banker und für mehr soziale Gerechtigkeit zu protestieren. Eine neue, wenngleich wahrscheinlich nur temporäre soziale Bewegung jenseits der verbrauchten Parteien ist entstanden. Die Zeltlager auf dem Madrider Platz Puerta del

Sol und anderswo stehen für das junge, das überflüssige Spanien. Man ist versucht, diese Bewegung mit denen in Tunis, Kairo, Algier und Rabat zu vergleichen – was allerdings nicht viel Sinn macht. Denn in der arabischen Welt wol-

len sie demokratisch wählen, hier in Spanien dürfen sie – doch die Wahlen bringen nichts in den Augen der Protestierenden.

Die Lage ist desaströs, selbst neoliberal gewendete Sozialisten sind rat- und mutlos. Und wenn selbst der ansonsten zurückhaltende König Juan Carlos mehr Chancen für die Jugend fordert, dann ist das ein Armutszeugnis für die politische Klasse. Ob die Konservativen, die nach diesem regionalen Stimmungstest nun nach der Macht in Madrid greifen, eine bessere Figur abgeben würden als Zapateros Partei, darf zu recht bezweifelt werden. Die Wahlen vom vergangenen Sonntag werden Spanien wohl nicht verändern. Die Bewegung der Empörten vielleicht doch.



**Zu den Folgen des Wahldebakels der spanischen Sozialisten schreibt El Periódico de Catalunya am Dienstag:**

«Angesichts der verheerenden Wahlniederlage der Sozialisten ist es verständlich, dass die Konservativen in Spanien eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen fordern, zumal Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero ohnehin seinen Rückzug angekündigt hat. Unter normalen Umständen wären die Stimmenverluste der Regierungspartei Anlass genug, vorgezogene Wahlen auszuschreiben. Das Beste wäre, Sozialisten und Konservative einigten sich auf ein Datum für die Wahlen.»

IDÍGORAS



**Die Süddeutsche Zeitung schreibt am Dienstag zu den Protesten in Spanien:**

«Eine der Hauptforderungen der Protestbewegung ist die Zulassung offener Listen für parteiunabhängige Kandidaten bei Wahlen. Auf vielen Transparenten an der Puerta del Sol wird Island zum Vorbild hochstilisiert, wo aus dem Crash eine pfiffige Politbewegung erwuchs. Längst gibt es eine neue Auswanderungswelle in deutsche, italienische, britische oder französische Unternehmen. Doch nur sie selbst haben es in der Hand, dieses Land mit den in der Fremde gewonnenen Kenntnissen neu zu erfinden.»

<p><b>SUR</b> deutsche</p> <p>Herausgeber: Sur deutsche Ausgabe Direktor: José Luis Romero</p>	<p><b>Chefredakteur SUR:</b> José Antonio Frías <b>Medien-Direktor</b> Pedro Luis Gómez <b>Art Director</b> Francisco Sánchez Ruano <b>Chefredakteurin Sur deutsche Ausgabe</b> Sabine Schulz</p>	<p><b>Herausgeber:</b> Sur deutsche Ausgabe Anschrift: Sur deutsche Ausgabe. Avda Dr. Marañón, 48. 29009 Málaga. Telefon: 952 070366. Fax: 952 020 293 E-Mail: info@surdeutsch.com Anzeigen: Telefon 952 649 663 und 952 580 142 (Kleinanzeigen)</p>
--	---	--

DAS SAGEN  
DIE ANDEREN

Zum Vorschlag vom deutschen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble für die Griechenlandhilfe schreibt die spanische Zeitung **El País** am Montag:

«Die Rettungsaktion für Griechenland ist gescheitert. Der Schäuble-Vorschlag zu einem Zahlungsaufschub ist das kleinere Übel. Er birgt aber auch Risiken. Die Gläubigerstaaten werden eingestehen müssen, dass die Rettungspläne nicht funktionieren. Dies wird die Schuldenfinanzierung in all jenen Ländern verteuern, die sich in der Grau-Zone Europas befinden. Die Euro-Zone wird einräumen müssen, dass das – von Deutschland und Frankreich angeführte – Krisenmanagement kläglich war. Das Schlimmste daran ist, dass man in diese Sackgasse geraten ist, nur weil jemand keine Wählerstimmen bei irgendwelchen Landtagswahlen verlieren wollte.»



Die französische Tageszeitung **Le Figaro** schreibt zum Protest der spanischen 'Empörten':

«Die Jugend wird sich nicht ihren Verächtern anschließen. Die Linke will sich ihrer Aura versichern, indem sie glaubt, sie sei auf derselben Wellenlänge mit den Empörten, mit dieser Opfer-Generation, die in ganz Europa protestiert. In Wahrheit liegen diese Aufstände, denen gerade sowohl in Spanien als auch in Frankreich die Luft ausgeht, auf einer Linie mit den an Stärke gewinnenden populistischen Bewegungen, die die Linke, von der wir hier sprechen, samt ihrer Pseudo-Fortschrittsgläubigen schlecht macht.»

Die spanische **El País** schreibt am Montag zum Ausgang des Referendums in Italien:

«Das Referendum in Italien bedeutet für Ministerpräsident Silvio Berlusconi einen weiteren Rückschlag. Wenn die Stimmung anhält, wird der Regierungschef nicht nur die Macht verlieren, sondern sich auch vor Gericht für all die Vorwürfe verantworten müssen, die sich in einem der dunkelsten Kapitel der Geschichte des Landes gegen ihn angehäuft haben. Die Italiener votierten auch gegen die Atomkraft und die Privatisierung der Wasserversorgung. Immer wenn Berlusconi von Privatisierung spricht, verstehen die Italiener dies so, dass ein neues Feld der Korruption geöffnet werden soll.»

KOMMENTAR

Zankapfel Gurke

UWE SCHEELE



Deutschland ist unser Feind, erklärte in diesen Tagen allen Ernstes der Sprecher eines spanischen Radiosenders. Der Grund: Deutsche Behörden und Ministerien hatten die EHEC-Epidemie in Zusammenhang gebracht mit spanischen Gurken. Das hat sich nun als bedauerenswerter Irrtum herausgestellt. Ob vorschnell

gehandelt wurde sei dahingestellt. Nun hat die EU millionenschwere Entschädigungen für betroffene Bauern beschlossen. Zu wenig, meinen Spaniens Landwirte, denn sie hätten gern ihre kompletten Ausfälle ersetzt gehabt. Von wem? Natürlich von Deutschland, denn das Land sei ja Schuld an ihrem Ruin, giften die aufgebrachten Bauern und ihre Verbände. Sie ver-

gessen dabei, dass Deutschland ohnehin der größte Nettozahler in der EU ist, folglich die beschlossenen Hilfen zu einem großen Teil selber zahlen wird. Außerdem – und das wird in der aktuellen Diskussion in Spanien gern übersehen – waren nicht nur spanische Bauern von den Verzehrwarnungen vor Gurken, Tomaten und Salat betroffen, sondern in erster Li-

nie auch deutsche Bauern, dazu Produzenten aus Holland, Polen, Frankreich, Italien, Griechenland. Man hat den Eindruck, dass hier von den strukturellen Problemen des Landes abgelenkt und die schwindenden EU-Subventionen für Spanien auf Biegen und Brechen verlängert werden sollen. Und schließlich wurden auf den Gurken tatsächlich zunächst Kolibakterien gefunden, die zwar nicht der Auslöser der EHEC-Epidemie waren, aber auf Gemüse nichts zu suchen haben. Die Bewässerung mit nicht ausreichend geklärtem Brauchwasser und der massive Einsatz von Pestiziden sind ein ungelöstes Problem der spanischen Landwirtschaft. Da ist die Geste von Gemüsebauern der Region zu loben: Statt nationale Töne zu spucken, verschenkten sie vor dem Aldi in Torrox ihr Gemüse an deutsche Residenten. So gewinnt man die Verbraucher zurück.

Am Wochenende hat die spanische Protestbewegung '15-M' nach fast vier Wochen in Madrid und Barcelona ihre Zeltlager größtenteils abgebrochen. Doch das ist nicht das Ende der Proteste gegen Arbeitslosigkeit und Sparpolitik. Den 'Indignados', den 'Empörten', die am 15. Mai ihre friedlichen Proteste im Vorfeld der spanischen Regional- und Kommunalwahlen starteten, ging es nämlich nicht um den Protest gegen konkrete Parteien. Die Protestcamps sind ein allgemeiner Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Stand der Dinge in Spanien. Natürlich protestierten sie gegen die Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Zapatero, die sich vor allem auf die Sanierung des Staatshaushaltes konzentrierte und die Sozialpolitik in den Hintergrund drückte. Natürlich protestierten

sich gegen die sich verbreitende Korruption in der Politik. Und sie protestierten dagegen, dass heute fünf Millionen Spanier arbeitslos sind. Doch generell demonstrieren sie gegen ein ganzes Wirtschaftssystem, das in Krisenzeiten wie diesen nicht den einfachen Leuten, sondern den Banken hilft, die teilweise für die eigentli-

che Krise überhaupt verantwortlich waren. Sie demonstrieren gegen ein Wirtschafts- und Politiksystem, das nur darauf absieht, die Staatsschulden mit Steuererhöhungen und Leistungskürzungen zu reduzieren, aber zu Lasten der Schwächsten ging. Es handelt sich um eine allgemeine Unzufriedenheit mit einer politischen Klas-

se, die den Banken näher zu stehen scheint, als den Bürgern, die sie wählen. Die Menschen haben das Gefühl, dass sowohl die sozialistische PSOE als auch die konservative PP ein und dasselbe Ziel verfolgen. Dabei geht es den 'Indignados' aber nicht darum, einen Systemwechsel zu erwirken. Es geht ihnen darum, die Dinge zurechtzurücken. Der Protest wird nicht abbrechen. Wie stark er bleiben wird und wie es genau weitergehen soll, ist nicht klar. Aber der Samen für ein weiteres Engagement ist gepflanzt. Spaniens Jugend hat sich politisiert, ist aktiv geworden, und im kommenden Frühjahr stehen in Spanien Parlamentswahlen an. Dann dürften Spaniens Politiker mit einem noch besser organisierten Protest rechnen, sollten sie bis dahin nicht auf die bisherigen Proteste reagiert haben.

STANDPUNKT

Das ist nicht das Ende

MANUEL MEYER

IDÍGORAS

